



Umgang mit Russland – Zehn Handlungsempfehlungen

Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik unter der Leitung von Roderich Kiesewetter MdB sowie des CDU-Bundesfachausschusses Europapolitik unter der Leitung von Elmar Brok MdEP vom 16. November 2015

Ausgangslage:

Die Europäische Union hat ein großes Interesse an guten Beziehungen zu Russland. Die Lösung globaler Probleme wie dem Klimawandel und die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen oder der Kampf gegen Terrorismus und die organisierte Kriminalität erfordern eine gute Zusammenarbeit im beiderseitigen Interesse. Verlässlichkeit und wiedergewonnenes Vertrauen könnten ganz Europa sicherer machen.

Auch wirtschaftlich würden beide Seiten, die Europäische Union und Russland, von besseren Beziehungen Nutzen ziehen. Russland ist auf Fachwissen und Investitionen aus dem Westen angewiesen, wenn das Land seine Wirtschaft weiterentwickeln möchte. Denn die gegenwärtig schwierige wirtschaftliche Lage Russlands hängt nicht nur mit den gegen das Land verhängten Wirtschaftssanktionen zusammen. Für die Staaten der Europäischen Union ist Russland nicht nur ein Absatzmarkt, sondern ein wichtiger Rohstoff- und Energielieferant. Ein Russland, das sich durch Diversifizierung aus seiner Abhängigkeit von Rohstoffen befreien würde, wäre für die Europäische Union ein noch wichtigerer Handelspartner. Die Vorschläge einer europäisch-russischen Modernisierungspartnerschaft, eines Wirtschaftsraums von Lissabon bis Wladiwostok im Rahmen eines erneuerten Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Russland sowie einer gemeinsamen Sicherheitspartnerschaft einschließlich der USA und Kanada könnten bei einer grundlegenden Wende der russischen Politik Schritt für Schritt verwirklicht werden. Die notwendige Vertrauensgrundlage für eine Verbesserung und Vertiefung der

wirtschaftlichen und politischen Beziehungen ist aufgrund der derzeitigen, aggressiven russischen Außenpolitik jedoch nicht gegeben. Sie müsste von der russischen Führung erst wieder geschaffen werden.

Die Anwendung militärischer Gewalt ist für Russland offensichtlich wieder ein legitimes Mittel der Politik. Es kommt dabei – wie im Ukraine-Konflikt – aber nicht zwangsläufig zu einem offenen Einsatz des Militärs. Vielmehr erleben wir eine Form so genannter hybrider Kriegführung, d. h. eine Konfliktaustragung mit zahlreichen, auch militärischen Mitteln, jedoch keine umfassende bilaterale militärische Auseinandersetzung im Sinne des klassischen Kriegsvölkerrechts.

Die russische Führung erkennt die wesentlichen Regeln des internationalen Staatensystems nicht an. Sie praktiziert eine Politik der Stärke, in der Kompromisse als Schwäche verstanden werden. Gelten muss aber die Stärke des Rechts, nicht das Recht des Stärkeren.

Der heutige Gegensatz zwischen dem Westen und Russland ist jedoch keine historische Zwangsläufigkeit. Die russische Gesellschaft hat auch einen liberalen Teil, der derzeit allerdings zu klein ist und nicht über genügend Einfluss verfügt, um die politischen Verhältnisse maßgeblich beeinflussen zu können. Dies muss aber nicht immer so bleiben. Deshalb müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten einerseits positiv auf die Entwicklung in Russland Einfluss nehmen und andererseits der aggressiven russischen Außenpolitik entgegenreten.

Die CDU-Bundesfachausschüsse Europapolitik sowie Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik sprechen sich für die folgende zehn Handlungsempfehlungen aus:

1. Notwendig ist weiterhin, die Geschlossenheit der Europäischen Union gegenüber Russland zu wahren. Dies muss auch die Bereitschaft zur Aufrechterhaltung von Sanktionen umfassen. Hierbei ist auch zukünftig stets eine eng abgestimmte Vorgehensweise mit den USA nötig.
2. Eine militärische Lösung der Territorialkonflikte von Seiten der NATO in der Ukraine, aber auch in Georgien und in der Moldau, ist nicht realistisch und auszuschließen.

3. Unmissverständlich ist klar zu machen: Artikel 5 des NATO-Vertrags, die Beistandsverpflichtung, gilt! Das Prinzip der Abschreckung ist heute wieder sehr aktuell. Sollte Russland sein Bedrohungspotenzial gegenüber den NATO-Staaten, die unmittelbar an Russland grenzen, weiter erhöhen, sollten die europäischen NATO-Staaten verstärkt zu einer Truppenpräsenz in diesen Staaten bereit sein, wobei sich die Bundesregierung insbesondere in der gegenwärtigen Phase bis auf weiteres an die NATO-Russland-Grundakte halten soll. .
4. Russischen Desinformationskampagnen, z. B. im Internet oder über Formate wie Russia Today, muss aktiv entgegengewirkt werden. Fehldarstellungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Dies beinhaltet die Notwendigkeit einer noch aktiveren Informationspolitik seitens westlicher Institutionen. Zugleich muss die Kommunikationsarbeit gegenüber russischsprachigen Journalisten in den Mitgliedstaaten der EU sowie durch Auslandssender (z. B. Deutsche Welle, BBC World Service, Voice of America) gegenüber der russischen Bevölkerung und den russischen Minderheiten in osteuropäischen Staaten intensiviert werden. Auch sollte verstärkt versucht werden, unabhängige russische Journalisten auszubilden und zu fördern.
5. Dem legitimen russischen Bedürfnis nach Prestige und Respekt muss Rechnung getragen werden, aber ohne eigene Prinzipien aufzugeben. Rücksichtnahme gegenüber Russland kann nicht bedeuten, aufgrund dessen das Völkerrecht und legitime Interessen anderer Staaten nicht zu berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere den Wunsch europäischer Staaten, die nicht Mitglied der EU sind, sich der EU weiter anzunähern. Wichtig ist zu verdeutlichen, dass eine Annäherung an die EU keine Abkehr von und vor allem keine Gegnerschaft zu Russland bedeutet. Vielmehr ist die EU zugleich an engeren Beziehungen zu Russland interessiert, wenn die sicherheitspolitischen Gegebenheiten dies ermöglichen. Voraussetzung ist, dass Russland sich wieder an die Spielregeln des Völkerrechts hält.
6. Sollten sich die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland nicht verbessern, sollten die Mitgliedstaaten der EU noch größere Anstrengungen unternehmen, die regionale Herkunft der Energieimporte zu diversifizieren und ihre Abhängigkeit von russischen Energieimporten zu verringern.

7. Nötig sind stärkere europäische Anstrengungen und eine vertiefte Kooperation in sicherheitspolitischen Fragen und Rüstung. Insbesondere müssen die vorhandenen Mittel wirksamer eingesetzt und Synergien auf europäischer Ebene erzielt werden.
8. Der Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft muss – wo immer möglich – fortgesetzt und ausgebaut werden. Angesichts einer sich verschärfenden Sprachlosigkeit von Teilen der politischen Elite in Russland ist hier ein konstruktiver Austausch nötig. Es sind vermeintlich kleine, in der Breite aber durchaus wirksame Ansätze möglich, wie zum Beispiel:
 - a. Visae erleichterungen.
 - b. Intensivere Förderung von Austauschprogrammen, insbesondere für Schüler, Studenten, Wissenschaftler, Journalisten.
 - c. Städtepartnerschaften, die noch aktiver als Plattform des Dialogs der Bürgergesellschaften genutzt werden können.
 - d. Aufrechterhaltung des wirtschaftspolitischen Dialogs und der Unternehmenskontakte im Rahmen der geltenden Sanktionen. Die Neuausrichtung des Petersburger Dialogs wird begrüßt.
9. Zugleich sollte weiter eine Politik der ausgestreckten Hand gegenüber der russischen Führung praktiziert werden: Wenn Russland seinen Kurs korrigiert, ist die EU jederzeit dazu bereit, wieder stärker auf Russland zuzugehen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Ob die Sanktionen wieder aufgehoben werden können, ist alleine von der Außenpolitik Russlands abhängig. Die Vertiefung der politischen Beziehungen hängt nicht zuletzt auch von der innenpolitischen Entwicklung Russlands ab. Russland hat sich als Mitglied der Vereinten Nationen, des Europarates und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) selbst verpflichtet, die Menschenrechte und die Prinzipien des Rechtsstaates zu achten. Daran werden wir auch in Zukunft Russland messen.
10. Die autoritäre Politik einer „gelenkten Demokratie“ nach innen, des Nationalismus, der nationalen Stärke und einer nach außen gerichteten Aggressivität ist für die russische Führung systemstabilisierend geworden. Deshalb ist Geduld nötig! Die russische Führung hat sich innenpolitisch in eine Lage manövriert, die ihr ein schnelles Abrücken von ihrer bisherigen Außenpolitik nicht erlaubt.